



Kurslehrpläne für die gymnasiale Oberstufe – geschlossene Konzeption oder Kompromiss?

**Lehrplanarbeit für die geographischen Anteile am Kurssystem
der neugestalteten gymnasialen Oberstufe im Lande Bremen**

Günter Hoffmann

Zitieren dieses Artikels:

Hoffmann, G. (1979). Kurslehrpläne für die gymnasiale Oberstufe - geschlossene Konzeption oder Kompromiss. Lehrplanarbeit für die geographischen Anteile am Kurssystem der neugestalteten gymnasialen Oberstufe im Lande Bremen. *Geographie und ihre Didaktik*, 7(1), S. 2-20. doi 10.60511/zgd.v7i1.447

Quote this article:

Hoffmann, G. (1979). Kurslehrpläne für die gymnasiale Oberstufe - geschlossene Konzeption oder Kompromiss. Lehrplanarbeit für die geographischen Anteile am Kurssystem der neugestalteten gymnasialen Oberstufe im Lande Bremen. *Geographie und ihre Didaktik*, 7(1), pp. 2-20. doi 10.60511/zgd.v7i1.447

Kurslehrpläne für die gymnasiale Oberstufe – geschlossene Konzeption oder Kompromiß ?

LEHRPLANARBEIT FÜR DIE GEOGRAPHISCHEN ANTEILE AM KURSSYSTEM
DER NEUGESTALTETEN GYMNASIALEN OBERSTUFE IM LANDE BREMEN

VON GÜNTER HOFFMANN (BREMEN)

Dies ist kein akademischer Aufsatz über die theoretisch fundierte Entwicklung einer Konzeption und ihre detaillierte Umsetzung in praktikable Unterrichtsgliederungen. Hier soll nicht von Planungen und Entscheidungen "am grünen Tisch" und auch nicht von der wissenschaftlich begründeten Arbeit in einem Didaktik-Institut die Rede sein, sondern von dem Versuch, über Jahre hinweg bei häufig wechselnden Vorgaben und Auflagen immer wieder neue, einigermaßen vertretbare Kompromisse zu schließen und dabei doch eine gewisse Grundeinstellung durchzuhalten, so gut es eben ging. Im Mittelpunkt soll dabei die Arbeit an den Grundkursen in Geographie für die neugestaltete gymnasiale Oberstufe (NGO) im Lande Bremen stehen, an deren Erstellung der Verfasser wesentlichen Anteil hatte.

ORGANISATORISCHE RAHMENBEDINGUNGEN DER PLANUNG

Zu Beginn seien die Bedingungsfelder aufgezeigt, die auf die Planungsentscheidungen einwirkten. Grundlage war die Vereinbarung der Ständigen Konferenz der Kultusminister vom 7. Juli 1972 mit organisatorischen Vorgaben wie die Unterscheidung von Pflichtbereich und Wahlbereich oder die Aufgliederung in die drei Aufgabenfelder, das sprachlich-literarisch-künstlerische, das gesellschaftswissenschaftliche und das mathematisch-naturwissenschaftlich-technische (im folgenden als Aufgabenfeld I, II und III bezeichnet), daneben Religionslehre und Sport, von denen

freilich im Lande Bremen die Religionslehre in das Aufgabenfeld II einbezogen worden ist. Aus der Richtung der KMK kamen ferner die Lübecker Beschlüsse vom 2. 6. 1977, - mit der Forderung, Folgekurse oder richtiger geregelte Kursfolgen einzurichten (in der Sprache der KMK: Sequentialität als temporäre und curriculare Folge) -, sowie die "Empfehlungen zur Arbeit in der gymnasialen Oberstufe" vom 2. 12. 1977 und die "Einheitlichen Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung - Gemeinschaftskunde" vom 23. 5. 1975 (überarbeitet 1978).

Das zweite Bedingungs-feld entwickelte sich im Hause des Senators für Bildung, dessen Referate 36 - Curricula, Schulversuche, Wissenschaftliche Begleitung, Medienpädagogik - und 32 - Schulverwaltung Gymnasien und Gesamtschulen - gemeinsam die Federführung übernahmen. Die Formulierung der allgemeinen Richtlinien und die Lösung der damit verbundenen organisatorischen Probleme übernahm ein "vorbereitender Ausschuß" aus Kollegen verschiedener Schulen und Fachrichtungen. Für die inhaltliche Gestaltung der Kurslehrpläne wurden in jedem Fach sogenannte "Kontaktgruppen" eingesetzt, über die noch mehr zu sagen sein wird.

Die laufenden fachdidaktischen Diskussionen bildeten das dritte Bedingungs-feld; sie spielten sich auf mehreren Ebenen gleichzeitig und manchmal kontrovers ab: in Veröffentlichungen und auf Tagungen, in Verbandsarbeitskreisen und in der Lehrerfortbildung.

ANFANGSSITUATION DER PLANUNGSARBEIT

Die Kontaktgruppen wurden mit Wirkung vom 1. 7. 1973 berufen. Die Geographie wurde anfangs noch als Erdkunde bezeichnet, wie in der Sekundarstufe I und wie auch in der KMK-Vereinbarung von 1972 unter Punkt 6.3; andererseits spricht der Punkt 4.3 von u.a. geographischen Sachverhalten im gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld, was später dann in Bremen zur Änderung der Fachbezeichnung führte. Die Kurse laufen seither unter der Code GEG.

Nach einigen Vorarbeiten kam es zu einer konstituierenden Sit-

zung des gesamten Planungsgremiums für alle Fächer. Waren noch bei der Berufung im Juli 1973 die drei Fächer Geschichte, Erdkunde und Sozialkunde zu einer "Kontaktgruppe Gemeinschaftskunde" zusammengefaßt worden, so kam auf der konstituierenden Sitzung am 26. September 1973 die Wirtschaftslehre hinzu, jedes Fach mit zwei Vertretern.

Somit waren es acht Personen, die sich bis dahin nicht kannten und die nun eine gemeinsame Konzeption finden sollten. Dafür gab es außer der KMK-Vereinbarung nur einige Hinweise:

- Diese Kontaktgruppe sollte Grundkurse in Gemeinschaftskunde, sowie Leistungskurse in den Einzelfächern Geschichte, Erdkunde, Wirtschaftslehre und später auch Soziologie erstellen (- die Soziologie entstand dann außerhalb dieses Kreises).
- Eine Entscheidung über Leistungskurse Gemeinschaftskunde wurde zurückgestellt; zunächst sollten keine entstehen.
- Die Stundentafeln für die beiden Kursniveaus lagen zunächst nicht fest. Es war von zweistündigen Grundkursen und sechsstündigen Leistungskursen die Rede.
- Auf den Punkt 4.3 der KMK-Vereinbarung wurde ausdrücklich verwiesen, also auf die Notwendigkeit, verschiedene Fachaspekte zu berücksichtigen.
- Leistungskurse brauchten (damals) nicht als Folgekurse aufeinander bezogen zu sein. Der Zusammenhang der Kurse sollte durch einen Vorspann mit allgemeinen Lernzielen gesichert werden.
- Die Kontaktgruppen sollten Kurslehrpläne aus anderen Bundesländern sichten und dabei prüfen, welche Kurse unverändert oder modifiziert übernommen werden könnten. Diese Sichtung sollte noch 1973 abgeschlossen werden.

Auf der Basis dieser Hinweise begann die große Kontaktgruppe Gemeinschaftskunde ihre langwierigen und schwierigen Diskussionen. Die Schwierigkeiten konzentrierten sich auf die Grundkurse: Sollten sie nun als integrierte Gemeinschaftskundekurse oder getrennt nach Fachschwerpunkten erstellt werden? Sollten

die Leistungskurse - und auch das hatte Einfluß auf die Überlegungen zu den Grundkursen - nach dem Vorbild der Rheinland-Pfälzischen Kurslehrpläne und der früheren Überlegungen in Bayern und Hamburg aus einem "Pilotfach" und einem Ergänzungskurs eines anderen (wechselnden) Faches zusammengesetzt werden, oder sollten die sechs Stunden von einem Fach voll ausgeschöpft werden, so daß zur Abdeckung der Verpflichtungen aus dem Punkt 4.3 der KMK-Vereinbarungen (Vermittlung von Einsichten in historische, politische, soziale, geographische, wirtschaftliche und rechtliche Sachverhalte) der Besuch zusätzlicher Grundkurse gefördert werden müßte?

Es zeigte sich, daß die Interessenlage der beteiligten Fächer ganz verschieden war. Die Sozialkundler drängten auf integrierte Kurse und bemühten sich um eine Abgrenzung der Begriffe Sozialkunde und Gemeinschaftskunde gegeneinander. Sie legten sehr bald eine Semestergliederung mit Rahmenthemen vor, der sich die beteiligten Nachbarfächer zuordnen sollten. Die Wirtschaftskundler waren zusammen mit den Geographen für Kurse mit deutlich ausgewiesenem Fachschwerpunkt; beide Kontaktgruppen meinten übereinstimmend, daß den Forderungen nach einer besseren politischen Bildung innerhalb der Gemeinschaftskunde auch mit solchen Schwerpunktkursen entsprochen werden könnte und belegten das durch ihr Themenangebot. Diese Auffassung setzte sich durch, wenn auch nur unter der Bedingung, daß in jedem Kurs ein zweiter oder gar dritter Fachschwerpunkt angesprochen werden sollte.

In einer anderen Frage hingegen standen die Geographen allein (ausgenommen ein Historiker), nämlich bei ihrem Wunsch nach zusammengesetzten Leistungskursen. Die Wirtschaftskundler hatten nämlich bis dahin ein fünfständiges Hauptfach unterrichtet und waren verständlicherweise nicht bereit, bei einem Pilotfach-Modell ihren Anteil auf vier Stunden zu reduzieren.

Um mit mehr Nachdruck auftreten zu können, wandten sich die beiden Geographen an den Landesverband Bremen des Verbandes Deutscher Schulgeographen. Aber auch bei den Fachkollegen gab es eine eindeutige Mehrheit für die sechsständige Form. Bis

jetzt hat diese Mehrheit damit recht behalten. Das könnte sich ändern, wenn demnächst die Schüler vor der Wahl stehen, entweder das Leistungsfach Geographie (entsprechend Geschichte, Wirtschaftslehre) zu belegen und damit die Verpflichtung zu zwei zusätzlichen Grundkursen auf sich zu nehmen - oder das neu eingerichtete Leistungsfach Gemeinschaftskunde (ab 1979) ohne solche Zusatzverpflichtungen.

Die Kontaktgruppe Geographie ging nunmehr - ebenso wie die Nachbarfächer - davon aus, daß zweistündige Grundkurse in jedem Teilfach zu planen wären, sowie sechsstündige Leistungskurse. Nur der Computerstundenplan eines Gymnasiums mit allerlei Reformansätzen wollte nicht recht dazu passen; dort ging man von dreistündigen Grundkursen aus. Für die Geographen schien die Ausgangslage jetzt stabil genug, um Vorarbeiten aus Verbandsarbeitskreisen einzubringen, insbesondere die Ergebnisse, die in der Geographischen Rundschau 12/1971, S. 481 - 492 veröffentlicht worden waren. Der Verfasser hatte selbst an jenen Arbeitssitzungen teilgenommen, mit denen in Göttingen die Arbeit des Neu-Isenburger Kreises weitergeführt wurde. Damals waren die KMK-Vereinbarungen bereits in einer Entwurfsfassung bekannt; in Bayern und Hamburg hatten Lehrplanarbeiten auf dieser Basis eingesetzt, und so konnten Helmtraut Hendinger und Ludwig Bauer dem Arbeitskreis wesentliche Impulse geben.

Die Bremer Kontaktgruppe wollte bei diesen Ergebnissen anknüpfen. Das erwies sich jedoch bald als fast unmöglich. Der Göttinger Arbeitskreis war noch von sechs Semestern und darin einer zweisemestrigen Eingangsphase ausgegangen. In Bremen wurden es fünf bzw. eines. Der Göttinger Lernzielkatalog lehnte sich an eine Vorlage für die Gemeinschaftskunde aus der Hamburger Lehrplanarbeit an (GR 12/1971, S. 483 - 484); das wurde in Bremen durch die Kontaktgruppe Gemeinschaftskunde abgelehnt. Die in Göttingen vorgesehene Gliederung der Hauptphase (Klasse 12/13) nach Prozeßkategorien schien kaum mehr praktikabel; angesichts der dort vorgeschlagenen Aufsplitterung der Wahlthemen (die freilich nie als Kurstitel gemeint waren) war die Klammer der Prozeßkategorien zu schwach, um einem Schüler in einem Durchgang

durch die Oberstufe ein zusammenhängendes Bild zu vermitteln.

Dennoch wurden die Grundzüge jenes Göttinger Entwurfs beibehalten, bestärkt durch den engen Kontakt mit der weiter fortgeschrittenen Hamburger Lehrplanarbeit. So konnte denn bald die folgende Themenliste vorgelegt werden (4.1.1974), in der auch das Ergebnis einer Sichtung der bereits vorliegenden Kurslehrpläne anderer Bundesländer und weiterer Vorlagen verarbeitet ist.

1. Probleme, Aufgaben und Zielkonflikte der Stadtplanung
2. Bevölkerung - Urbanisation - Wanderungsbewegungen und ihre Beeinflussung
3. Standortfaktoren und Standortentscheidungen der Industrie und des Dienstleistungsbereichs in verschiedenen Wirtschaftsordnungen
4. Agrarstrukturen und Agrarpolitik im Vergleich (u. a. BR Deutschland und DDR)
5. Verkehrsspannungen und Verkehrswege als Folge historischer Prozesse
6. Struktur und Entwicklung - Analyse der Entwicklungsvoraussetzungen und der Planungen in Ländern der Dritten Welt
7. Welthandelsverflechtungen
(ursprünglich - 15.12.1973 - stand hier als Thema "Verwaltungsreformen")
8. Raumordnung und Regionalplanung - Ist die Stadtregion der geeignete Planungsraum?
9. Umweltplanung. - Umweltschutz
10. Wirtschaftliche Zusammenschlüsse und Großräume. Beispiele EG, RGW.

Grundlage dieses Entwurfs waren die fachdidaktischen Überle-

gungen und Erkenntnisse vom Anfang der 70er Jahre, wie sie auf Schulgeographentagen, in der Reinhardswaldschule und in zahlreichen Veröffentlichungen der Fachkollegen vorgestellt worden waren, häufig auf der Basis der Curriculum-Grundsätze von Saul B. Robinsohn.

Der Katalog wurde nun an zahlreiche Kollegen verteilt. Es gab einige Änderungsvorschläge; so wurden bei Nr. 1 die Betonung der Stadtgeographie anstelle der Stadtplanung erwartet, bei Nr. 4 der Katalog der Beispiele erweitert (UdSSR, Israel), bei Nr. 7 die schon angegebene Themenänderung nachdrücklich nahegelegt, bei Nr. 8 eine Änderung des Untertitels empfohlen (Thema nicht zu sehr einengen!) und bei Nr. 10 der Zusatz "wirtschaftliche Systemräume" vorgeschlagen. Im ganzen fand der Katalog ein freundliches Echo. Die Verwandlung der alten klassifikatorischen Physiogeographie in den stärker ökologisch orientierten Ansatz bei Thema 9 wurde begrüßt oder mindestens nicht beanstandet. Zustimmung fand auch die übergreifende Themenstellung. Das Gegenmodell sehr enger Kursthemen (z. B. Untersuchung eines einzelnen Bauernhofes oder Industriebetriebes, Beschränkung eines ganzen Kurses auf ein einzelnes Entwicklungsland, Erarbeiten der Ökologie eines Gewässers) wurde gelegentlich angesprochen; hierzu hat sich die Kontaktgruppe nicht bereitgefunden.

Noch war in diesem Katalog keine Reihenfolge vorgesehen. Die Zahl 10 ließ Wahlmöglichkeiten für Schüler und Lehrer offen. Es war damit zu rechnen, daß ein Schüler jedes Semester zwei zweistündige Gemeinschaftskundekurse wählen würde, und das Angebot sollte möglichst sicherstellen, daß eine große Zahl von Schülern dabei auch einen Kurs aus dem Angebot der Geographie wählen würde.

Dann aber änderten sich die Rahmenbedingungen, wie so oft während dieses Planungsprozesses. Im vorbereitenden Ausschuß wurde endgültig entschieden, daß es in Bremen nur dreistündige Grundkurse geben sollte. Das bedeutete weniger Kurse für den einzelnen Schüler, und die Vorstellung von zwei parallellaufenden Kursen innerhalb der Gemeinschaftskunde mit verschiede-

nen Fachschwerpunkten mußte aufgegeben werden. Die Teilfächer der Gemeinschaftskunde traten damit in eine viel härtere Konkurrenz zueinander. Die Lage verschärfte sich durch den Beschluß, im sechsten (Abitur-)semester keine Kurse mehr anzubieten. Ferner entfiel die ursprünglich vorgesehene Möglichkeit, jahrgangsübergreifende Kurse einzurichten. Das Wahlverhalten der Schüler war schwer vorherzusehen; aber Anfang 1974, noch nahe an der Zeit der "Schülerbewegung", war eine stärkere Neigung zu politischer Thematik zu erwarten. Solche Überlegungen spielten neben der fachdidaktischen Analyse eine Rolle.

Die Themenliste wurde auf acht Kurstitel reduziert und erhielt dann nach weiteren Diskussionen mit einigen Fachkollegen folgende endgültige Fassung (gekürzte Texte):

1. Grundfragen der Stadt- und Landesplanung (Analyse sozialräumlicher Vorgänge, Planungsziele, Planungsrecht, Planungsmethoden)
2. Grenzen und Regionen
3. Raumordnung, Regionalplanung und Stadtplanung
4. Standortentscheidungen und Strukturwandel der Industrie und des Dienstleistungsbereiches
5. Agrarräume, Agrarstrukturen und Agrarpolitik
6. Entwicklungsländer - Entwicklungspolitik
7. Verkehrsspannungen und Verkehrswege im Zusammenhang mit der Mobilität
8. Umweltsicherung und Umweltgestaltung

Darin stecken hauptsächlich folgende Überlegungen: Nr. 1 und 2 werden als Parallelangebot für die Eingangsphase gesehen, wobei beide als methodische Einführung an konkreten Inhalten gedacht sind. Nr. 1 ist stärker politisch und rechtlich angelegt, Nr. 2 eher fachlich-geographisch. Aber in der Ausarbeitung sollten sich beide Kurse doch so weitgehend überschneiden, daß sie gleichermaßen als Grundlage für weitere Kurse die-

nen konnten. In beiden geht es zentral an die Analyse von Räumen mit den üblichen Hilfsmitteln: Karten, Statistiken, Texte. Nr. 7 war ursprünglich so gedacht, daß junge Kollegen mit einer stärker quantitativen Ausbildung hierin Methoden der Regionalanalyse anwenden könnten. Ein Anstoß für die Entwicklung dieses Kurses war das Lehrbuch von K. Briggs, *Introducing Transportation Networks*, - und natürlich stand Peter Haggett irgendwo im Hintergrund. Die übrigen Themen brauchen nicht besonders begründet zu werden.

Insgesamt standen so sechs Themen für die Hauptphase zur Verfügung, so daß noch immer eine Wahlmöglichkeit für Schüler und Lehrer gegeben war. Eine Kuriosität am Rande: Es war mühsam, der Verwaltung und dem vorbereitenden Ausschuss beizubringen, daß dreistündige Grundkurse nicht in den 16 Pflichtstunden unterzubringen waren, die die KMK für das Aufgabenfeld II festgesetzt hatte; schließlich ist 16 nicht durch 3 teilbar. Zeitweise wurden dann 18 Pflichtstunden angesetzt (= 6 Kurse); doch dann tauchte abermals die 16 auf, und sie steht noch heute in den Richtlinien!

Seltsamerweise ist angesichts der Unsicherheiten und Diskussionen innerhalb des Achtergremiums für die Gemeinschaftskunde ein Hinweis des vorbereitenden Ausschusses schon vom 25. 9. 1973 unbeachtet geblieben; dort steht nämlich klipp und klar "Es sind jeweils ein Kurs für die Eingangsphase und 4 Kurse für die Hauptphase zu planen". Die Autoren dieses Papiers wußten also damals schon um die Semestergliederung. Das wurde übersehen, - ein Umstand, der sich später als Glücksfall herausstellte.

Für die Ausarbeitung der Kurse war dann noch eine behördliche Vorgabe vom 18. 9. 1974 zu beachten, wonach die Grundkurse im Bereich der Gemeinschaftskunde so konstruiert werden sollten, daß darin mindestens zwei der beteiligten Fachrichtungen in jedem Kurs erfaßt würden.

Die Kontaktgruppe Geographie hat ihren Katalog unbeirrt beibehalten, um nicht immer von neuem beginnen zu müssen. Darin

wurde sie unterstützt von den Kollegen einer Schule, die ihre Oberstufe erst parallel zu unseren Planungen aufbaute und gleich nach dem neuen Lehrplan arbeiten wollte.

Von nun an gingen die beiden Mitarbeiter getrennte Wege. Der Verfasser baute das Grundkursprogramm aus, Frau Ingrid Koziel hingegen begann mit der Konstruktion eines Leistungskurses, für den sie gleich auch ein Materialpaket zusammenstellte. Nach ihrem Ausscheiden übernahm für ein Jahr Kollege Ulrich Fett die Weiterentwicklung der Leistungskurse; ihm folgte Kollege Dieter Strohmeier, Bremerhaven.

STARRER PLAN ODER FLEXIBLE RICHTLINIE?

Als Bremen seine Lernplanung für die Oberstufe begann, waren Spaltenschemata für die Darstellung der Lehrpläne in Mode gekommen. Bremen hat diesen Trend nicht nur mitgemacht, sondern fortentwickelt (durch OSchR. Dr. Caspar Kuhlmann). Die Lehrpläne sollten auf "Leisten" geschrieben werden, für die Formulare vorgegeben waren. Zu jedem Kurs wird eine "Kursleiste" verfaßt, die in einer ausführlichen Kopfzeile die Zuordnung zu Schulstufe und -art, Jahrgang und Fach sowie Wochenstundenzahl und eine Kurs-Code mit Fachkennbuchstaben (für Geographie GEG) und Nummern enthält. Darunter stehen in einer nicht ganz logischen Anordnung zuerst die Einzelthemen des Kurses mit ihrem jeweiligen Zeitbedarf, dann erst die Benennung des Kurses, Hinweise auf Voraussetzungen und Überschneidungen sowie schließlich zwei Bemerkungsspalten, von denen eine die "Vorgaben" der KMK und der bremischen Richtlinien benennt.

Auf diese "Kursleiste" folgt die "Themenleiste" mit Angaben über (v.l.n.r.) "Richtung der Behandlung", Kenntnisse, Fertigkeiten und Verhaltensdispositionen, Begriffe und Fachsprache zu jedem Teilthema der Kursgliederung, dies alles unter der Überschrift "Lernzielbereich"; zur "Lernorganisation" werden dann noch Angaben gemacht über "Literatur und Medien" und "Ergänzende Arbeitshinweise/Unterrichtsverfahren".

Diese Festlegungen sind in der Lehrerschaft auf z. T. heftige

Kritik gestoßen, die allerdings in den Fächern verschieden ausfiel. Gewiß sollte eine "von links nach rechts abnehmende Verbindlichkeit" gelten, aber dennoch wurde die Bindung der Lehrer als zu eng angesehen.

Die Kontaktgruppe Geographie hat auf die Themenleisten von vornherein verzichtet und stattdessen (mit Zustimmung durch Dr. Kuhlmann) fortlaufende Texte unter dem Titel "Erläuterungen und Lernziele" verfaßt, die jeweils Angaben über die "Richtung der Behandlung", also eine Interpretation der allgemeinen Zielsetzungen des jeweiligen Kurses, enthalten. Damit bleiben die Kurse flexibel; die Reihenfolge der Einzelthemen und der Zeitbedarf sind je durchaus offen. Es hat sich allerdings nicht verhindern lassen, daß einige Kollegen auch diesen Zustand noch immer als "totale Gängelung" empfanden und bezeichneten.

EINIGE INHALTLICHE KOMPONENTEN DER KURSLEHRPLÄNE

Aus den acht Texten für die Grundkurse seien hier je kurze Zitate angeführt, um wenigstens einen flüchtigen Eindruck von der didaktischen Konzeption zu geben; dabei werden die Kurse gleich mit ihrer endgültigen Code genannt, die weiter unten noch zu erläutern ist:

GEG 001 Grenzen und Regionen

"Die Erörterung der räumlichen Beziehungen führt in keinem Falle zu scharfen Grenzen; immer gibt es Grenzsäume und Überschneidungen. Bei politischen und administrativen Grenzen hingegen müssen genaue Entscheidungen getroffen werden."

"Es sollen Begriffe, Grundkenntnisse und geographische Methoden wiederholt, gefestigt und in einen neuen, durch das Kursthema bestimmten Zusammenhang gestellt werden. Dabei werden in Beispielen unterschiedlichen Maßstabes die Bildung und Abgrenzung von Regionen, Teilräumen und Territorien erfaßt und deren räumliche Strukturen mit ihren funktionalen Zusammenhängen erarbeitet."

In diesem Kurs sind zwei "Modelle" aus den Vorarbeiten im Verband aufgegriffen worden (siehe GR 12/1971, Modelle 2 und 4, S. 486 - 487).

GEG 002 Entwicklungsländer - Entwicklungspolitik

"geordnete, kritische Verarbeitung größerer Informationsmengen" "Auswahl der Länder" "auf keinen Fall facheng" "der räumliche bzw. geographische Aspekt ist jedoch bei jedem Thema angesprochen".

GEG 003 Verkehrsspannungen und Verkehrswege

"Die Phänomene des Verkehrs werden nicht nur als solche analysiert, sondern in ihrer Verzahnung mit aktuellen oder erwünschten räumlichen Verteilungen".

GEG 004 Umweltsicherung und Umweltgestaltung

"Verständnis zu wecken für Systemzusammenhänge im Naturraum. Dabei haben zwar im Fach Geographie die abiotischen Teilsysteme den Vorrang; aber die Grenzen gegenüber der Biologie sind notwendigerweise unscharf. Grenzüberschreitungen sind im Rahmen der Möglichkeiten des Lehrers, der Lerngruppe und des verfügbaren Unterrichtsmaterials zulässig. Bei den Einzelthemen 3 (Böden) und 4 (Standorte) liegen sie nahe."

"Die Wechselwirkungen zwischen Natur und Gesellschaft im Raum kritisch zu betrachten."

Der Kurs greift damit Gedanken aus der Göttinger Arbeitsgruppe wieder auf (GR 12/1971, S. 485 - 486).

GEG 005 Agrarräume, Agrarstrukturen und Agrarpolitik in Regionen und wirtschaftlichen Zusammenschlüssen

"Die Agrarräume in den Beispielfällen und Übersichten werden jeweils aus mehreren, sich überlagernden Bedingungsfeldern hergeleitet und demgemäß abgegrenzt, und jedem Bedingungsfeld werden passende Kategorien des Wandels zugeordnet." Z. B.:

<u>Agrarräume</u>	<u>Räumlicher Wandel im Agrarbereich</u>
- nach der Distanz zu Märkten	- durch Änderung der distanzüberwindenden Technik und/oder der Transportkosten
- nach Naturbedingungen	- durch Umbewertung dieser Naturbedingungen

GKD 007/GEG Grundfragen der Stadt- und Landesplanung

"Die einzelnen Ziele (z. B. Gleichheit der Lebenschancen, Freizügigkeit, Niederlassungsfreiheit und Umweltschutz) erweisen sich gerade in räumlichen Prozeßabläufen als nicht unabhängig voneinander, d. h. sie bilden ein System, dessen Elemente und Relationen im Zusammenhang mit räumlichen Wirkungen in diesem Kurs untersucht werden sollen."

Der Kurs entspricht etwa dem Modell 3 des Göttinger Arbeitskreises (siehe GR 12/1971, S. 486 - 487).

GKD 008/GEG Raumordnung, Regionalplanung und Stadtplanung

"Es gilt zu verdeutlichen, wie wenig selbstverständlich Veränderungen in der räumlichen Umwelt des Menschen sind, daß sie vielmehr auf Entscheidungen zurückgeführt werden müssen, in deren Zustandekommen keinesweg nur die Ergebnisse einer sorgfältigen räumlichen Analyse eingehen, vielmehr Elemente der jeweiligen Kultur, der Gesellschaftsordnung, der wirtschaftlichen Überlegungen derer, die mitentscheiden." - "... besseres Verständnis für das raumwissenschaftliche Instrumentarium."

GKD 009/GEG Standortentscheidungen und Strukturwandel der Industrie und des Dienstleistungsbereichs

"Es muß deutlich werden, daß Naturbedingungen und vorgegebene räumliche Anordnungsmuster (z. B. Siedlungen, Verkehrswege) von den Entscheidungsträgern nur dann in eine Standortentscheidung einbezogen werden, wenn sie im Zusammenhang mit anderen, besonders wirtschaftlichen Überlegungen bewußt wahrgenommen werden." Das trifft zu, wenn sich die genannten geographischen

Vorbedingungen in Kosten, Absatzchancen oder Organisationsvorteilen niederschlagen oder wenn sie auf dem Umweg über raumordnungspolitische Maßnahmen in die Standortentscheidung eingehen."

"Geographische Methoden kommen umso stärker zur Anwendung, wenn es um die Folgen industriewirtschaftlicher Entscheidungen geht. Sowohl sozialräumliche Prozesse als auch geoökologische Wirkungen sind zu beachten."

Ergänzend zu diesen Belegen sei noch angeführt, daß die fachdidaktische Grundentscheidung zu stärkeren Anteilen der Angewandten Geographie (im Hinblick auf die "Situationsfelder") und damit zu einer verbesserten Legitimation der Kurslehrpläne führen sollte.

GEOGRAPHIE UND GEMEINSCHAFTSKUNDE

Die Codes der Kurse in der obigen Zusammenstellung von Zitaten spiegeln eine Veränderung wider, die im November 1975 eintrat; seither gibt es nämlich das Grundfach Geographie im gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld II, das als 3. oder 4. Prüfungsfach gewählt werden kann. Zu diesem Zeitpunkt war die Planung der Grundkurse praktisch abgeschlossen bis auf kleinere Teile der Ausarbeitung. Eine völlige Neuplanung kam nicht in Frage, sie wäre zeitlich und kräftemäßig nicht zu leisten gewesen.

Die Kontaktgruppe beschloß daher eine Aufteilung des bisherigen Angebots, wie sie oben bei den Zitaten erscheint: Mit den fünf Kursen GEG 001 bis 005 ließ sich ein Grundfach einrichten, vorausgesetzt daß 003 aus der ursprünglich beabsichtigten Sonderrolle herausgeholt wurde. Dieser Kurs GEG 003 mußte allerdings gründlich überarbeitet werden. Die übrigen drei Kurse verblieben in der Gemeinschaftskunde, wurden aber nach längeren Verhandlungen als anrechenbar für das Grundfach Geographie anerkannt. Damit stehen jetzt in der Geographie acht Kurse zur Verfügung; aber auch an Schulen, die keine Geographie einrichten, können die Fachkollegen innerhalb der Gemeinschaftskunde erfolgversprechend mitarbeiten. Schuleigene Kursentwürfe, die in

Bremen zur Erweiterung des Angebots zulässig sind (nach Genehmigung), können das Gemeinschaftskundeprogramm so anreichern, daß ein Fachkollege auch dort die Ausbildung einer Kursgruppe über fünf Semester in der Hand behalten kann. Häufig werden dazu die Kurse GEG 002 und GEG 004 (Entwicklungsländer bzw. Umwelt) angemessen abgewandelt, aber auch der Leistungskurs GEG 006 "Die Zukunft der Weltbevölkerung" wird gern in verkürzter Form herangezogen.

Die inhaltliche Planungskonzeption kann man in Thesen zusammenfassend etwa so charakterisieren:

- Einbindung in das Aufgabenfeld II, d. h. sozialwissenschaftlicher Rahmen, genauer: als Relevanzfilter für konkrete Inhaltsentscheidungen dienen "die wissenschaftlich erfaßbaren Prozesse im Bereich sozialen Zusammenlebens." (Aus dem behördlich vorgegebenen Text "Zur Strukturierung des gesellschaftswissenschaftlichen (II.) Aufgabenfeldes in der neugestalteten gymnasialen Oberstufe"). Dadurch stehen handelnde gesellschaftliche Gruppen oft im Mittelpunkt der Betrachtung und werden stets mitgedacht. Der Verfasser ist davon überzeugt, daß dieser Grundsatz nicht überzogen interpretiert worden ist, wie wohl eine Analyse der Kursentwürfe belegen kann.
- Die Fachdidaktik Geographie hatte sich (z. B. im RCFP) auf mittlere Sicht an die Konzeption Robinsohns gebunden: Situationsfelder erfordern bestimmbare Verhaltensdispositionen, - das führt zu einer stärkeren Beachtung der Angewandten Geographie und der Sozialgeographie. Mit Verhalten ist dabei oft Entscheidungsverhalten gemeint, ein Moment, durch das sich die moderne Sozialgeographie eindeutig von Anthropogeographie und Kulturgeographie unterscheidet.
- Diese beiden ersten Thesen bedingen, daß die Physiogeographie nicht um ihrer selbst willen und nicht als reine Naturwissenschaft betrieben wird; wohl aber haben die Kurslehrpläne physiogeographische Anteile überall dort, wo man ihren Stellenwert in Sachzusammenhängen einsehbar machen kann (Um-

weltfragen, Landnutzungsentscheidungen).

- Für die drei GKD-Kurse ist darüber hinaus (durch einen gemeinsamen Vorspann für das Grundfach Gemeinschaftskunde) gefordert, daß "Politik als Bestandteil ausgewiesen sein" muß.

DIE KRITIK DER FACHKOLLEGEN AM GRUNDKURSPROGRAMM

Gegen die Konzeption gab es schon in einem recht frühen Stadium Kritik, insbesondere aus der Fachkonferenz einer bestimmten Schule:

- Die Themen müssen neu formuliert werden, weil sie nicht motivieren.
- Das Anspruchsniveau ist überzogen, - erinnert an "Mittel- und Oberseminarthemen in universitären Abteilungen für Raumforschung und Raumordnung"
- Terminologisch fragwürdig
- Die Themen überschneiden sich inhaltlich
(Anm.: Dies war in der Tat beabsichtigt, weil ja nicht ein einzelner Schüler alle Kurse wählen kann und einige "essentials" doch möglichst vielen vermittelt werden sollten).
- Der sozialkundliche Aspekt ist überbetont.
- Der Kurskatalog ist erklärtermaßen einseitig angelegt.
Wünschenswert wäre dagegen, die Raumbezogenheit und -relevanz von Prozessen und Veränderungen in den Mittelpunkt zu stellen, räumliche Systeme zu untersuchen und Raumfunktionalität aufzuzeigen."
(Anm.: Man vergleiche hierzu die Zitate aus den Kurslehrplänen weiter oben!)

Ein Gespräch mit dieser Fachkonferenz erbrachte u. a., daß man sich als Idealfall für einen Grundkurs etwa das Halbjahresthema "Die Transamazonica" vorstellte; als Beispiel für Raumfunktionalität wurde angegeben, daß die Betrachtung einer geologischen Karte Hinweise auf mögliche lokal verfügbare Baumateria-

lien für diese Straße erbringen sollte.

Manchmal war die Kritik der Fachkollegen gegenläufig. Zu GEG 004 hieß es "Meine Schüler wollen nichts mehr von Umweltfragen hören; sie sind damit überfüttert worden", und "Warum ist darin nicht viel mehr Zeit für die Probleme der Wasser- und Luftverschmutzung vorgesehen; meine Schüler drängen auf diese Thematik."

Inzwischen laufen an den meisten Schulen die Grundkurse einwandfrei. Daneben gibt es aber in Bremen die Möglichkeit, "schuleigene Kurse" zur Genehmigung einzureichen. Der Sinn dieser Regelung ist die möglichst gute Anpassung an unterschiedliche Lernvoraussetzungen (z. B. in Aufbauklassen) und die ständige Weiterentwicklung des Lehrplans "von der Basis her". In diesen schuleigenen Kursen manifestiert sich aber oft auch Kritik an den "Behördenkursen". Nun ist kritische Mitarbeit grundsätzlich zu begrüßen. Sie führt aber manchmal zu bedenklichen Rückschritten. Häufig besteht die Tendenz, die reine Physiogeographie beträchtlich auszuweiten (bis zu 60 % einer geschlossenen Kursfolge von fünf Semesterkursen), wobei insbesondere der Geomorphologie und auch der Geologie breiter Raum gegeben wird. Dabei wird immer wieder auf die hohe Motivation der jeweiligen Lerngruppe für diese Thematik hingewiesen. In einigen Fällen sind geodeterministische Gedankenfolgen zu erkennen, in weiteren Fällen liegt zumindest die Vermutung nahe, daß räumliche Zusammenhänge monokausal gesehen werden.

Ein anderer Typus sind die regionalen Kursfolgen (USA, UdSSR, China, Chile, Deutschland), z. T. auch mit kleinräumigen Themen. Erfreulich sind solche Ansätze wie die Übertragung von Teilen des Leistungskursprogramms in die Grundkurse, die Koppelung mit Exkursionen oder die Verbindung zweier (entsprechend dann verkürzter) Lehrplan-Grundkurse zu einem neuen schuleigenen Kurs, ferner auch die verstärkte Einbeziehung aktueller Problemfelder (z. B. EG und RGW, Energieprobleme).

Eine derart konstruktive Kritik wird ihren Stellenwert behalten, wenn ab Schuljahr 1979/80 die Lehrplankonzeption durch

eine sogenannte "Feldbeschreibung" (= Beschreibung eines Lernfeldes) festgeschrieben wird, und zwar in dem flexiblen Sinne einer Richtlinie. Diese Feldbeschreibung soll u. a. die Einhaltung einer zwar noch etwas offenen, aber doch wohldefinierten Kursfolge vorschreiben.

Für die Geographie sind Alternativen vorgesehen, weil die Berücksichtigung der drei anrechenbaren Gemeinschaftskundekurse GKD 007 bis 009 sonst nicht möglich wäre. Grundsätzliche Kritik könnte sich daraus ergeben, daß die Verteilung der verfügbaren acht Grundkurse auf die beiden Alternativen etwas willkürlich war (sie war überwiegend durch die Definition der Gemeinschaftskunde bestimmt, auf die dann drei Kurse besser paßten als die übrigen fünf). Anders als aus der Geschichte dieser Planungen ist es z. B. nicht zu verstehen, daß die Lerngruppen innerhalb des "wirtschaftsgeographischen" Semesters im einen Falle nur Agrargeographie, im anderen nur Industriegeographie betreiben. Ein schuleigener übergreifender Kurs "Wirtschaftsgeographie" wird aber in Zukunft möglich bleiben.

Zu einem schmerzlichen Mißverständnis kam es wegen der Literaturverzeichnisse. Der Verfasser hatte sich bemüht, wie bei jeder anderen Veröffentlichung die Herkunft seiner entliehenen Gedanken vollständig zu dokumentieren. So entstanden längere Listen, von denen manche Fachkollegen meinten, sie müßten die gesamte dort angegebene Literatur der Planung und Durchführung ihres Unterrichts zugrundelegen. Dabei wurde nicht gesehen, daß die längeren Listen ja auch die Chance einer größeren Flexibilität bieten.

DIE FACHPOLITISCHE BEDEUTUNG DER LEHRPLANARBEIT FÜR DIE GEOGRAPHIE IN DER NGO

Ein wichtiger Seitengedanke der Planung war die Sicherung der Arbeitsmöglichkeiten für die Fachkollegen in den Oberstufenschulen. Dazu war es erforderlich, die Inhalte so zu formulieren, daß sie die kontrollierenden parlamentarischen Gremien (insbesondere die Deputation für Bildung) unangefochten passieren konnten. Diese Kontrolle ist nicht sehr eng, dürfte aber

nach den bisherigen Erfahrungen doch auch irgendwo Grenzen setzen (wie in mindestens einem anderen Fach geschehen); besonders sind Wirkungen zu erwarten, wenn es um Studentafelanteile geht.

Die Schulverwaltung kennt diese Grenzen und hat daher bisher jeden Vorstoß abgewehrt, geowissenschaftliche Kurse im Aufgabenfeld III anzusiedeln, etwa entsprechend dem Angebot der KMK-Vereinbarung vom 7. 7. 72, ein Fach Geologie einzurichten. Schulorganisatorische Gründe sprechen dagegen. Da half auch das Argument einer hohen Motivation bestimmter Schüler und Lehrer für die physiogeographische, geologische und geophysikalische Thematik nicht weiter.

Im ganzen können die Geographen aber wohl zufrieden sein. Sie können mitarbeiten im Leistungsfach Geographie, im Grundfach Geographie und im Grundfach Gemeinschaftskunde (besonders dort, wo die Schulen eine möglichst personbezogene Ausbildung der Schüler beschlossen haben). Darüber hinaus wird auch das Leistungsfach Gemeinschaftskunde (ab 1979) in zwei Semestern geographisch bestimmte Kurse enthalten, die jeweils als Alternative angeboten werden.

Der Verfasser hofft, mit diesen Ausführungen den Lesern einen Eindruck davon vermitteln zu können, wie wenig es genügt, bei der Erstellung eines Lehrplanes fachwissenschaftliche und fachdidaktische Überlegungen anzustellen. Diese haben natürlich immer ihre Rolle gespielt. Auf eine weitere Funktion moderner Lehrplanarbeit sei noch ausdrücklich hingewiesen; Sie ist immer auch ein Stück Lehrerfortbildung. Wie schwierig diese Funktion wahrzunehmen ist, zeigt wohl die Diskrepanz zwischen der bundesweiten fachdidaktischen Diskussion auf der einen Seite und der Kritik der Basis am Lehrplan auf der anderen. Bisher jedenfalls konnten die Lehrerfortbildungsveranstaltungen zur Geographie in der NGO in Bremen viel zu wenig die Aufgabe erfüllen, Hilfen bei der Konkretisierung zu geben. Stattdessen gab es überwiegend Grundsatzdebatten. Mit der allmählichen Verbesserung und Anreicherung des Lehrmittelangebots dürfte sich die Arbeit in der schulischen Praxis jedoch stabilisieren.